

Sehr geehrte Organisatoren

Sehr geehrte Vertreter der Regierung und der Parteien

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Wählerinnen und Wähler

((Einleitung))

Wir müssen den Kanton Bern fit machen für die kommenden Generationen.

Ich möchte, dass der Kanton Bern wieder zu einer Lokomotive wird! Ich möchte, dass wir den «Berner Stolz» wieder leben dürfen! Ich möchte, dass wir nicht mehr täglich fast 3,5 Millionen Franken aus dem nationalen Finanzausgleich benötigen, sondern dass wir in 25 – 30 Jahren ohne diese Mittel auskommen können. Das ist meine langfristige Vision für den Kanton Bern.

((Wir müssen umdenken))

Wie wollen wir das erreichen, meine Damen und Herren?

Wir müssen langfristig investieren! Nicht in Aktien und Obligationen sondern durch ein neues Denken!

*Ein Umdenken*

- in der Sozialpolitik - zum Beispiel mit der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes
- im Asylwesen - mit der neuen Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen
- Bei der Arbeitsintegration - damit wir den Menschen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, möglichst rasch neue Perspektiven geben können

*Und durch ein Zukunftsdenken*

- beim Ausbau des Medizinalstandorts Bern – zum Beispiel mit einem modernen und starken Inselspital
- mit einer gezielten Förderung der Bildung und Ausbildung – zum Beispiel in Technik, Medizin und Pflege

- Und mit einer tatkräftigen Standortförderung, damit der Kanton Bern sein Wirtschaftspotential wieder voll ausschöpfen kann und nicht noch mehr Firmen ihre Arbeitsplätze ins Ausland oder in andere Kantone verschieben. Die Firmen sollen den Kanton Bern auf dem Radar haben, weil sie alle Vorteile unseres zweisprachigen Kantons nutzen wollen.

Ich möchte, dass sich der Staat wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert. Es darf nicht sein, dass wir mit der Giesskanne das Geld aus den Steuereinnahmen verteilen. Der Staat muss haushalten so wie Sie, meine Damen und Herren. Wir können nicht mehr Geld ausgeben, als wir haben.

Deshalb ist es unsere Pflicht, alle Ausgaben zu hinterfragen. Und wir sind verpflichtet zu überprüfen, welche Leistungen wir günstiger einkaufen oder anbieten können. Das sind simple Grundlagen des unternehmerischen Denkens. Wie in jedem Haushalt.

((Sozialhilfe ja! Aber sinnvoll und geplant))

Meine Damen und Herren

Seit einigen Monaten diskutieren wir nun bereits die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes für den Kanton Bern. Und seit einigen Monaten höre ich immer wieder, dass ich auf dem Rücken der Ärmsten und Schwächsten sparen will.

*Das stimmt nicht!*

Wer in Not gerät, dem muss geholfen werden. Wir brauchen dazu ein gutes und effizientes Sozialwesen. Niemand ist gerne auf Sozialhilfe angewiesen. Viele der rund 47'000 Menschen sind unverschuldet in eine schwierige Situation geraten. Ich denke dabei zum Beispiel an Mitbürgerinnen und Mitbürger, die den Arbeitsplatz verloren haben (- vor allem jene über 50 Jahre -) oder an Alleinerziehende. Diesen Menschen müssen wir helfen. Unvoreingenommen – aber sinnvoll und im Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes basiert auf diesen zwei Grundideen:

1. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit soll wirtschaftlich gesehen attraktiver sein als der Bezug von Sozialhilfe.
2. Wer Sozialhilfe bezieht, soll stärker motiviert und besser unterstützt werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Es kann doch nicht sein, dass ein Lehrling seine Ausbildung abbricht, weil er merkt, dass sein Kollege von der Sozialhilfe mehr bekommt, als er.

Und es kann auch nicht sein, dass eine junge Familie mit zwei Kindern mit 4'500 Franken durchkommen muss, die andere Familie aber, die Sozialhilfe bekommt, bezahlt keine Steuern, ist versichert, hat eine Wohnung und erhält Zusatzleistungen (z.B. für den Zahnarzt oder die Brille) und steht am Ende des Monats besser da, als die erste Familie.

*Und noch etwas fällt mir auf:*

Ich bin nun seit knapp zwei Jahren Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektor und ich habe mich sehr intensiv und genau über die Themen und Angelegenheiten meiner Direktion informiert. Ich wusste, dass es eine Menge Firmen, Anlauf- und Beratungsstellen gibt, die sich mit Menschen in Not und in schwierigen Situationen befassen. Was mich aber überrascht, ist die Selbstverständlichkeit mit welcher einige dieser *Unternehmen der Sozialindustrie* vom Staat und vom Kanton erwarten, dass wir ihre Angebote ganz oder teilweise finanzieren.

Ich werde künftig genau hinsehen und die Erfolge messen lassen, bevor neue Mittel frei gegeben werden. Und wenn nötig, werden wir die Angebotspalette anpassen lassen.

((Viele Asylsuchende: nach 5 – 7 Jahren übernimmt der Kanton. Wir müssen uns auf ausgabenintensive Jahre vorbereiten))

Wie ich bereits am Anfang gesagt habe: Es braucht ein Umdenken: Für mich muss jeder investierte Franken auch Nutzen bringen. Und zwar Nutzen für die Bevölkerung des Kantons Bern.

Schon in fünf Jahren wird der Kanton erhebliche Mittel brauchen, um die Menschen, die heute und in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind, in die kantonalen Strukturen zu übernehmen.

Die Schweiz nimmt monatlich rund 1'400 Asylsuchende auf. In den vergangenen 12 Monaten sind diese Zahlen um rund 30 Prozent zurückgegangen. Das ist gut. Die neue Asylgesetzgebung soll im Jahr 2020 greifen. Dadurch werden die Aufgaben zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Das ist auch gut. Aber all dies ändert nichts an der Tatsache, dass viele Menschen vom Fürsorgesystem des Kantons übernommen werden müssen.

Nur wenigen Asylsuchenden gelingt es, eine Arbeit bei uns zu finden. Je nach Gruppe sind es zwischen 10 bis 30

Prozent. Wir müssen uns auf diese Herausforderung vorbereiten.

**((Arbeitsintegration ist die beste Hilfe))**

Unser Ziel ist es, dass Sozialhilfebezüger, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge möglichst rasch wieder wirtschaftlich selbständig werden. Wir wollen den Menschen helfen. Sie sollen ihre Selbstachtung, ihren Platz in der Gesellschaft und ihre finanzielle Unabhängigkeit wieder finden. Sozialhilfe ist keine dauernde Alternative.

Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann werden Arbeitsplätze geschaffen und wir können mit den Firmen über verschiedene Möglichkeiten der beruflichen Integration verhandeln.

Damit es der Wirtschaft gut geht, muss die Politik für gute Rahmenbedingungen sorgen. Zum Beispiel durch die Revision des Steuergesetzes und eine aktive Standortförderung.

Der Unternehmer und der Politiker in mir sieht grosse Chancen und ich bin sicher, dass wir bei der Arbeitsintegration in unserem Kanton neue Wege gehen können.

Wir wollen den Dialog mit den Arbeitgebern fördern, haben bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt und diskutieren, wie wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verbessern können. Es liegen bereits sehr interessante Vorschläge auf dem Tisch, die wir in den kommenden Monaten ausarbeiten werden.

Wenn wir in der Politik dafür sorgen, dass gute Rahmenbedingungen herrschen, dann muss die Wirtschaft ebenfalls bereit sein, ihren Teil dazu beizutragen. Ich spüre einen grossen Konsens und einen starken Willen zur Zusammenarbeit. Das freut mich!

((Schluss))

Meine Damen und Herren

Aus meinen kurzen Erklärungen können Sie sehen, wie viele Stellen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden zusammen arbeiten müssen, damit unser System funktioniert. Da ist kein Platz mehr für ein Gärtchendenken und für Protektionismus von Verbänden und Interessensgruppen.

- Wir müssen in diesem Kanton, ja, in diesem Land nach neuen Lösungen suchen,
  
- Wir müssen zusammenarbeiten,

- Wir müssen heute vorsorgen, damit es den kommenden Generationen gut geht

und

- Wir müssen uns ständig erneuern, denn sonst werden wir vom Zug abgehängt.

In unserem Kanton steckt ein riesiges Potential, aber wir dürfen den Anschluss an die Zukunft nicht verlieren. Der Kanton Bern hat Kraft und Stärke und soll wieder eine Lokomotive werden.

Als Einwohner, als Familienvater, als Politiker und Bürger werde ich mich dafür einsetzen.

Herzlichen Dank, dass ich zu Ihnen sprechen durfte.

Merci beaucoup !